



DIE THÜRINGENGESTALTER

Vereinsblatt DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.

1. Ausgabe 2019

Was geht uns die EU in der Kommunalpolitik an?

Am 26. Mai finden in Thüringen die Kommunalwahl und die Europawahl statt

Von Markus Gleichmann

Wissen und Vernetzung sind die Schlüssel für eine erfolgreiche Arbeit in kommunalen Vertretungen. Als THÜRINGENGESTALTER stehen wir für alle Mandatsträger bereit, die Arbeit als Bildungswerk und Netzwerker zu übernehmen. Doch auch die EU-Wahlen sind sehr wichtig für die kommunale Ebene. Viele der Entscheidungen sind ohne Berücksichtigung der Vorgaben aus Brüssel gar nicht mehr möglich. Das hat positive und negative Seiten. Auf EU-Ebene braucht es mehr kommunales Denken, auf der Ebene der Gebietskörperschaften mehr Verständnis für die EU.

In einem Großteil der knapp 670 Thüringer Städte und Gemeinden werden am 26. Mai dieses Jahres die Räte neu gewählt. Auch in den 17 Landkreisen werden die Kreistage neu besetzt. Für die Parteien, Wählervereinigungen, Vereine und Einzelpersonen bedeutet das schon im Vorfeld viel Arbeit. Aufstellungsversammlungen planen, Wählbarkeitsbescheinigungen einholen, Formulare ausfüllen, Unterschriften sammeln und vieles mehr wird abverlangt, um einen gültigen Wahlvorschlag einreichen zu können. Dieser muss vom 29. März bis 12. April beim Wahlleiter eingereicht werden.

Viele Menschen kommen aus einem speziellen Grund in die Kommunalpolitik. Der Protest gegen Angelegenheiten der Gemeinde oder des Kreises, so etwa Baurecht oder Umwelt- und Naturschutz, sind ein häufiger Grund. Viele wollen auch Projekte umsetzen und sich mit einem kommunalen Mandat für den Kindergarten, die Feuerwehr, die Schule, den Sport, Kultur oder soziale Dinge einsetzen. Daher sind Kommunalwahlen nach einer fünfjährigen Wahlperiode immer auch ein Umbruch. Gerade in den Zeiten des Generationenwechsels in allen gesellschaftlichen Bereichen Thüringens werden in den neuen Parlamenten viele Neulinge sitzen.

Je kleiner die Struktur wird, umso universeller muss man als kommunaler Mandatsträger sein. Viele Angele-



genheiten werden vom Bürgermeister, den Verwaltungsgemeinschaftsbeamten oder den Landrat zwar erklärt, um sich eine eigene Meinung bilden zu können, braucht man jedoch vor allem eins: Wissen. Als THÜRINGENGESTALTER ist es uns wichtig, Partner in der kommunalpolitischen Bildung zu sein. Wir bieten Seminare zu allen wichtigen Themen und gehen auch auf die Wünsche unserer Mitglieder ein. Wer nicht glauben, son-

dern wissen will, braucht, gerade in kleinen Strukturen, Unterstützung und Vernetzung.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Bedeutung der EU auf kommunaler Ebene immer mehr zugenommen. Gemeinde- und Stadträte unterliegen in ihren Entscheidungen Rahmenbedingungen, die durch EU-Rechtsakte wie Richtlinien, Verordnungen oder Stellungnahmen vorbestimmt werden. Viele typische Handlungsrahmen der

Kommunen werden heute bei europäischen Rechtsentwicklungen entscheidend mitbestimmt. Die EU hat maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung der kommunalen Wirtschaftsförderung, sowohl restriktiv durch Beihilfekontrollen und Regulierung der öffentlichen Auftragswesen als auch expansiv durch ihre Förderprogramme und Kohäsionspolitik. Trotz der im Grundgesetz festgelegten kommunalen Selbstverantwortung kann man daher davon ausgehen, dass Kommunalpolitik weit und breit immer mehr europäisiert ist. Brüssel bleibt ein ferner Ort, der meistens nur durch die Fördermaßnahmen akut wahrgenommen wird. Aber nur, wenn sie die EU wirklich kennen, können die Kommunen von ihrer Politik profitieren. Europaarbeit in den Kommunen ist daher ein Schlüssel, wobei Städtepartnerschaften und EU-Fördermittelakquise im Mittelpunkt stehen.

Insofern passt der Wahltermin in Thüringen auch inhaltlich zusammen. Es geht 2019 um viel für die Thüringer Städte und Gemeinden und natürlich auch für jeden, der sich um ein kommunales Mandat bemüht.

Fotos auf der Seite:
www.pixabay.com

THÜRINGENGESTALTER bieten Seminare auf Abruf

Die THÜRINGENGESTALTER bieten eine Vielzahl von Abruf- und Basisseminaren an, um alle Mitglieder*innen und kommunalpolitisch Interessierte zu schulen. Gerade vor den anstehenden Kommunalwahlen ist es wichtig, ein breites Angebot an Informationsveranstaltungen anzubieten. Diese Seminare können bei Interesse per E-Mail abgerufen werden.

Das erste Angebot ist ein Seminar zu dem Thema **Gestalte deine Kommune** und soll einen Einstieg in die Kommunalpolitik geben. Neben den ersten Grundkenntnissen wird ein Speed-Dating mit kommunalen Mandatsträger*innen organisiert, um



einen ersten Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Darüber hinaus organisieren wir ein **Argumentationstraining**, bei dem die Teilnehmenden lernen sollen, mit ihren Positionen an die Öffentlichkeit zu treten und diese zu

begründen. Dabei sollen die freie Rede und das souveräne Verhalten besonders geschult werden.

Um möglichst viele Menschen erreichen zu können, gehört das **Verfassen von Pressemitteilungen** zu den Standards. Der Workshop unterteilt sich in einen theoretischen und einen praktischen Teil, bei dem die Teilnehmenden Texte schreiben müssen.

Wir gehen auf jeden persönlichen Wunsch von euch ein. Wenn ihr Ideen habt und organisatorische Hilfe für eine Veranstaltung benötigt, dann schickt uns eine E-Mail an info@thuringengestalter.de.

Text: Steffen Thormann

Seite 2:

Nicht meckern, machen!

Julia Gerth, 27 Jahre, über ihr Engagement in der Jenaer Kommunalpolitik

Seite 3:

Gerechtere Wasserentsorgung

Landesregierung führte Prinzip der Solidarität bei der Abwasserklärung ein

Seite 4:

Wahlrecht sollte verbessert werden

„Mehr Demokratie“ fordert Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger*innen

In dieser Ausgabe:

Mehr machen statt meckern!

In der Rubrik „Junge Kommunalpolitiker*innen vorgestellt“ lernt ihr heute **Julia Gerth** kennen. Sie kommt aus Jena und ist 27 Jahre alt. Neben ihrer Mitgliedschaft im Beirat für Menschen mit Behinderung und Beirat für Bürgerbeteiligung, sitzt sie als sachkundige Bürgerin im Kulturausschuss des Stadtrates in Jena. Die Fragen stellte **Steffen Thormann**.

Wie bist du in die Kommunalpolitik gekommen?

Ich glaube, ich habe nicht den typischen Weg eingeschlagen, den die meisten wählen. Viele kommen über die Schule mit der Politik in Berührung oder finden von sich aus dahin. Ich bin vor gut 1,5 Jahren von einem guten Freund mit auf einen Parteitag genommen worden. Er sagte, dass ich mir das Ganze einfach mal angucken soll. Das hat bei mir das politische Interesse geweckt und ich habe beschlossen, aktiver zu werden. Danach ging alles sehr schnell. Ich bin Mitglied geworden und habe sofort bestimmte Gremien wahrgenommen, durch die ich etwas verändern wollte.

Was würdest du als deine politischen Themenbereiche bezeichnen und warum?

Gerade wenn man noch nicht seit Jahren in der Kommunalpolitik tätig ist, ist das eine Frage, die man nicht mit ein oder zwei Themen beantworten kann. Ich bin noch ein bisschen in der Findungsphase und finde ganz viele Themen wichtig. Bei mir sind das die Themen, die ich auch aktiv betreibe: Antifaschismus und Antirassismus. Aber genauso wichtig ist das Thema Mobilität, das gerade auch in Jena sehr spannend ist. Generell ÖPNV in Verbindung mit Ökonomie. Ein kostenloser ÖPNV ist nur dann möglich, wenn auf der einen Seite die Verbindungen besser werden und die Leute von außerhalb einfacher rein in die Stadt und auch wieder raus kommen. Und das vor allem auch, wenn sie zur Arbeit müssen oder diese verlassen. Auf der anderen Seite muss man sich überlegen, wie die Kosten von privaten Busunternehmen, zum Beispiel für die Wartung oder das Personal, gedeckt werden, wenn das Geld nicht mehr über die Tickets reinkommt.

Welche Projekte hast du bis jetzt im Rahmen deines kommunalen Engagements verwirklicht?

Sehr aktuell haben wir mit einer Gruppe ein Dialogforum organisiert, das in Jena quasi zur Vorarbeit der Kommunalwahl stattfand. Wir wollten einfach mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen und fragen: Was brennt euch auf der Seele und was ist euch wichtig? Wir wollten mal einen anderen Blickwinkel bekommen und auf andere Themen aufmerksam werden. Themen, die wir vorher nicht so auf der Agenda hatten, die den Menschen aber trotzdem



wichtig sind. Eines davon war zum Beispiel der Bau in die Höhe – sprich Hochhäuser. Das Dialogforum war echt eine super Sache.

Was machst du genau als sachkundige Bürgerin im Kulturausschuss?

Der Kulturausschuss ist wahnsinnig vielfältig. Es geht von verschiedenen Preisen, für deren Verleihung Komitees besetzt werden müssen, bis hin zu künstlerischen Veranstaltungen, die geplant werden müssen. Ein weiteres Thema ist die Frage der Erhaltung und Pflege der Sehenswürdigkeiten der Stadt. Bei all diesen Fragen stehe ich den Ausschussmitgliedern beratend zur Seite.

Einen Bürgerbeteiligungsbeirat hat nicht jede Stadt. Was macht ihr dort?

Der Bürgerbeteiligungsbeirat ist recht neu – er hat sich erst letztes Jahr gegründet. Vorher war es eine Arbeitsgruppe und der Stadtrat beschloss später, dass daraus ein Beirat werden soll. Es wurde ein recht hohes Budget erarbeitet, für deren Verwendung Bürgerinnen und Bürger der Stadt Vorschläge einreichen können. Das können ganz viele Menschen machen und am Ende gibt es ein Abstimmungsverfahren, wofür das Budget ausgegeben wird, ob für eine große Sache oder mehrere kleine.

Es wird generell über alles, was die Bürger*innen rund um Jena angeht, informiert und erklärt, wie sie sich beteiligen können.

Worum geht es im Behindertenbeirat?

Das große Thema in diesem Beirat ist die Barrierefreiheit. Zum Beispiel bekommen wir in Jena 2021 neue Straßenbahnen. Der Jenaer Nahverkehr schickt uns dafür die Pläne und fragt uns, worauf sie achten sollen. Die Mitglieder gucken, ob irgendwo ein Ort ist, der viel zu eng ist oder wo eine Ampelschaltung zu knapp ist, so dass jemand mit Rollstuhl gar nicht über die Straße kommen kann. Wir treten dann an die Stadt heran und sagen: Das geht so nicht – hier ist Handlungsbedarf!

Warum sollten sich junge Menschen in der Kommunalpolitik engagieren?

Ich habe das Gefühl, dass viele junge Menschen unzufrieden sind und viel meckern. Aber die wenigsten sind bereit, etwas zu tun, um das zu verändern. Man erreicht sehr wenig, indem man meckert, sondern nur, indem man etwas tut! Wenn man Bedingungen ändern will, muss man sich irgendwo engagieren. Egal, ob es unpolitisch und ehrenamtlich in einem Verein ist oder ob man sich politisch in einer Partei engagiert, um die Lebensbedingungen und Verhältnisse zu verändern. Mehr machen statt meckern!

Welchen Tipp würdest du jungen Leuten geben, die überlegen, in die Kommunalpolitik zu gehen?

Lasst euch nicht abschrecken! Wenn man sich das erste mal einliest, hört sich alles wahnsinnig kompliziert an und man denkt, dass man es nie versteht. Das ist ganz normal und kommt alles mit der Zeit. Bleibt dran und sucht euch am Anfang einen Paten, der euch alles erklärt.

R2G schafft die Straßenausbaubeiträge ab



Von Philipp Giesing

Straßenausbaubeiträge könnten in Thüringen in Kürze ein Relikt der Vergangenheit sein. Darauf hat sich die rot-rot-grüne Koalition politisch verständigt. Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag, informierte darüber vor wenigen Tagen bei einer

Veranstaltung für Kommunalpolitiker*innen in Oppurg.

Die Abschaffung soll rückwirkend zum 1. Januar 2019 in Kraft treten. Das Land erstattet dabei den Kommunen den Anteil, den die Bürger*innen über die Straßenausbaubeiträge zu tragen hatten und entlastet sie damit um jährlich 25 Millionen Euro.

War es zum Ende des 19. Jahrhun-

derts noch notwendig, dass das Straßen- und Wegenetz unter finanzieller Beteiligung der Anwohner erschlossen werden musste, ist es heute eine Instandhaltungsfrage, welche durch die Nutzer über die verschiedenen Steuern finanziert sein muss. Für die gesetzliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sind, nach einem Einlenken des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes, nun endlich die Mehrheiten im Landtag gegeben. Bis das Gesetz in Kraft treten wird, gilt ein sogenanntes Moratorium, in dem die Gemeinden aufgerufen sind, keine neuen Straßenausbaubeiträge zu erheben.

DIE LINKE will auch dafür streiten, dass „Sonderfälle“, also alle laufenden Verfahren, ebenfalls unter die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge fallen. Hier gibt es noch rechtliche Bedenken. Auf Bundesebene wird derzeit eine Grundsteuerreform diskutiert.

Fotos auf der Seite: Archiv THÜRINGENGESTALTER

Neues Gesetz macht Wasserentsorgung gerechter

Von Steffen Thormann

Am Samstag, dem 2. März, organisierten die THÜRINGENGESTALTER im Künstlerhof zum Goldenen Ochsen in Schleusingen eine Veranstaltung zum Thema "Wasserentsorgung im ländlichen Raum". Tilo Kummer, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Umweltausschusses im Thüringer Landtag, stellte das neue Thüringer Wassergesetz vor. Er forderte, dass die Kläranlagen dort gebaut werden sollten, "wo die Gewässer auch am schlechtesten sind." Nach den Vorstellungen der Regierungskoalition soll die Wasserklärung nach dem Solidaritätsprinzip verlaufen. Im besten Falle sind diese größer und in öffentlicher Hand, es sei denn, die Bürger*innen möchten eine eigene kleine Anlage für ihre Säuberung haben. Die Pläne der Rot-Rot-Grünen-Koalition sehen vor, dass die Förderung dafür von 1.500 Euro auf 2.000 Euro erhöht wird. Darüber hinaus ist eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit nun verpflichtend für alle.

Im zweiten Teil referierte Diplomingenieur Oliver Grimm über die Möglichkeiten der Abwasserbehandlung im ländlichen Raum. Der Wasseranschluss an eine große Kläranlage sei zwar die einfachste, jedoch auch mit Abstand die teuerste Lösung. Es gebe darüber hinaus die Möglichkeit, eine große Kläranlage für das gesamte Dorf oder eine kleinere für jedes einzelne Haus zu bauen. Die billigste und beste Variante sei es, Gruppenanlagen für mehrere Personen bzw. Haushalte zu planen. Er machte allerdings auch klar, dass es viele verschiedene Wege



Die Anwesenden lauschten Tilo Kummer interessiert.

Foto: Archiv THÜRINGENGESTALTER

gibt, eine gute Wasserklärung zu erreichen und jede der vorgestellten Möglichkeiten ihre Vor- und Nachteile besitzt. Die beste und billigste Lösung sei es, die Wasserklärung über Gruppenkläranlagen zu gewährleisten. Viele der kleineren Anlagemodelle verkrafteten keine Unternehmung, weshalb es zu Problemen bei einer Nutzung durch einen einzelnen Haushalt kommen kann.

Die praktische Umsetzung von Gruppenkläranlagen, die zu einer Nutzungsgemeinschaft für Abwasser

eines fast ganzen Dorfes führte, beschrieb Thomas Reinhardt von der Nutzwassergemeinschaft Zschoppach UG. In diesem Ort in der Nähe von Grimma in Sachsen packte ein ganzes Dorf gemeinsam das Problem der Abwasserreinigung an und baute mehrere Gruppenkläranlagen für verschiedene Haushalte. Die Kostenverteilung geschah nach dem Solidaritätsprinzip, was bedeutet, dass jeder Haushalt den gleichen Betrag zahlt. Der Vorteil ist nicht nur, dass für die Bürger*innen des Ortes achtmal we-

niger Betriebskosten jährlich anfallen, sondern auch, dass es die Dorfgemeinschaft weiter zusammen geschweißt hat. "Ich sehe es als große Chance. Es ist bezahlbar und es gehört uns – niemand kann es nehmen", so Reinhardt.

In der Veranstaltung wurde deutlich, dass es viele Möglichkeiten gibt, die Abwasserversorgung zu gewährleisten, aber auch, dass das durch die Landesregierung eingeführte Solidaritätsprinzip bei der Abwasserreinigung vieles gerechter macht.

Datenschutz geht alle an

Von Steffen Thormann

Sei mal ehrlich: Wie viel weißt du wirklich über das Thema "Datenschutz"? Die von der Europäischen Union beschlossene und seit Ende Mai 2018 in allen Mitgliedsstaaten geltende Datenschutzgrundverordnung DSGVO ist so aktuell wie nie – nichtsdestotrotz kennen die Wenigsten die genauen Details. Dabei hat sie gerade für Vereine und die gesamte politische Arbeit viele wichtige Neuerungen die, wenn sie nicht beachtet werden, teure Strafen nach sich ziehen können. Die CDU-Politikerin Marion Walsmann wurde kürzlich zu einer Geldstrafe von 1.750 Euro verurteilt, weil sie gegen den Datenschutz verstoßen hatte.

Jeder Verein muss einen Datenschutzverantwortlichen bestimmen, der über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung der personenbezogenen Daten entscheidet. Die Verarbeitung der Daten ist dabei jede Benutzung der Daten: vom Speichern bis zum Löschen. Alle Daten, die es



ermöglichen, eine Person zu identifizieren, gelten als personenbezogene Daten und benötigen daher einen besonderen Schutz. Um den zu gewährleisten, muss jeder Verein eine Datenschutzrichtlinie erstellen.

Ein Verein darf die persönlichen Daten nur speichern, wenn es im Interesse des Mitgliedes liegt oder eine

direkte schriftliche Einwilligung vorliegt. Daten wie die politische Meinung, Gewerkschaftszugehörigkeit, religiöse Überzeugungen, sexuelle Orientierung oder Gesundheitsdaten dürfen nur mit der Einwilligung der jeweiligen Person gespeichert werden. Wenn sich Dritte melden, um die Daten von jemanden weiterzugeben

muss zwingend die Quelle der Daten angegeben werden.

Dennoch hat jeder das Recht auf die Löschung seiner Daten und kann dies zu jeder Zeit fordern. Wenn personenbezogene Daten erhoben werden, zum Beispiel bei einer Veranstaltung, muss über Rechte und Pflichten informiert werden. Dafür muss der Datenschutzverantwortliche Sorge tragen.

Das war noch längst nicht alles, was sich durch die Datenschutzverordnung geändert hat. Falls Interesse an dem Umgang mit der neuen Datenschutzverordnung und dessen praktischer Realisierung besteht, bieten wir gerne Veranstaltungen zu diesem Thema an – überall in Thüringen. Unser Referent ist Rechtsanwalt Michael Menzel, der direkt von der DEKRA zum Thema Datenschutz geprüft wurde und seitdem Datenschutzbeauftragte in Vereinen und Unternehmen ausbildet. Anfragen bitte über unsere Internetseite oder per E-Mail an

info@thueringengestalter.de

Foto: www.pixabay.com

Kommunen als Labore für modernes Wahlrecht

Am 26. Mai stehen die Kommunalwahlen an. Im Vergleich zu Wahlen in anderen Ländern ist das deutsche Wahlrecht sicher demokratisch. Trotzdem übt der Verein „Mehr Demokratie e.V.“ Kritik an einzelnen Punkten und bringt Reformvorschläge in die Diskussion.

„Mehr Demokratie“ fordert die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger*innen. Das Thüringer Landesamt für Statistik gab 2017 an, dass mehr als 43.000 Menschen in Thüringen leben, die in diese Kategorie fallen. Das entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Eisenach. Der Verein setzt sich dafür ein, dass jeder Mensch, der das Wahlalter erreicht hat und sich länger als fünf Jahre legal in Deutschland aufhält, an den Wahlen teilnehmen darf. Zur Zeit wird diese Bevölkerungsgruppe von den Wahlen ausgeschlossen.

In vielen Teilen Thüringens, vor allem in den Großstädten, stellen die Migranten und Nicht-EU-Ausländer*innen eine erhebliche Gruppe der Gemeinschaft dar. Die Entscheidung über ihre Belange hat der andere Teil der Gesellschaft. Für „Mehr Demokratie“ fehlt ihnen daher eine echte Interessenvertretung. Dadurch ergeben sich aus Sicht des Vereins große Probleme mit der Legitimation bei den Entscheidungen über die Belange der Nicht-EU-Bürger*innen. Über ihre Interessen wird zwar entschieden, allerdings dürfen sie nicht am gesamten demokratischen Prozess mitwirken. Auf dem Weg zur Einbürgerung und



Foto: www.pixabay.com

damit zum Erlangen der gesamten Staatsbürgerrechte ist ein kommunales Ausländerwahlrecht eine wichtige Etappe.

Die Kommunen können nach Ansicht von „Mehr Demokratie“ als Labore für das moderne Wahlrecht fungieren und haben die Möglichkeit, bestimmte Regelungen auszuprobieren. Das Kommunalwahlrecht könne daher um eine Experimentierklausel erweitert werden, bei der bestimmte Instrumente ausprobiert werden können. Jede Kommune soll nach Ansicht von Arne Pautsch, Professur für Öff-

entliches Recht und Kommunalwissenschaften, „freiwillig bestimmen können, ob und welche Instrumente sie ausprobieren wollen.“

Ziel sei es, neben der Modernisierung des Wahlrechts die Wahlbeteiligung zu steigern. „Wir dürfen uns mit der mangelhaften Wahlbeteiligung nicht zufrieden geben. Sie gefährdet die Demokratie und den Sozialstaat. Es ist Aufgabe der Politik und Zivilgesellschaft, dies zu problematisieren und schließlich das Wahlrecht so zu stärken, dass die Menschen auch wählen gehen“, so Hermann Heußner, Öff-

entliches Recht und Recht der Sozialen Arbeit.

Zum Beispiel könnten die Briefwahlunterlagen obligatorisch mit der Wahlbenachrichtigung zugestellt und die Wahlorte bzw. Wahlzeiten ausgeweitet werden.

Eine weitere Idee ist das Herabsenken des Wahlalters auf 14 Jahre. Dafür müsste ein gesondertes Jugendwahlregister eingerichtet werden, in welches sich die Jugendlichen freiwillig eintragen können, um an der Wahl teilzunehmen. Das könnte man dann direkt an den Demokratie-Unterricht in der Schule koppeln.

Mit der Einführung einer Proteststimme und einer Stimmenthaltung

könne das Wahlrecht weiterentwickelt werden. Wer mit dem Parteienangebot nicht zufrieden sei, habe nur die Möglichkeit, politische Extreme oder gar nicht zu wählen, so Bundessprecher Ralf-Uwe Beck. Die Möglichkeit ein direktes Signal durch seinen Protest an die Politik zu geben, fehle dabei völlig. Die Proteststimme soll jedoch keinen direkten Einfluss auf das Wahlergebnis haben.

thueringen.mehr-demokratie.de/wahlrecht

Text: *Steffen Thormann/
Mehr Demokratie e.V.*

Termine:

Barrieren überwinden – wie weiter in Thüringen

6. April, 10 bis 15 Uhr,
Haus der Parität, Bergstraße 11
99192 Nesse-Apfelstädt

Das Thema Barrierefreiheit gewinnt in unserer Gesellschaft immer mehr an Bedeutung. Passend dazu veranstalten wir eine Konferenz. Karola Stange (MdL, Sprecherin für Sozial-, Gleichstellungs- und Behindertenpolitik) hält einen Vortrag über „Neue Chancen für Barrierefreiheit durch neues Gleichstellungsgesetz“.

Darüberhinaus spricht der Thüringer Beauftragte für Menschen mit Behinderung darüber, wie Barrierefreiheit in Thüringen vorangetrieben werden muss. Neben weiteren Vorträgen werden unterschiedliche Workshops angeboten.

Argumentationstraining

13. April, 10 bis 16 Uhr,
Puschkinhaus, Puschkinstraße 3
Mühlhausen

Der Journalist, Autor und Fotograf Frank Schwarz ist zu Gast in Mühlhausen. Im Rahmen des Seminars sollen alle Teilnehmer lernen, wie sie mit

Selbstvertrauen in die Öffentlichkeit treten und ihre Positionen sicher verteidigen. Durch das Training mit der Kamera soll die Sicherheit verstärkt und die Argumentationsfähigkeit verbessert werden. Gerade vor der anstehenden Kommunalwahl ist das sehr wichtig.

„Mitgestalten – aber wie?“ Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung

6. Mai, 18 bis 20 Uhr,
Geschwister-Scholl-Haus
Mühlhausen

Das Bürgerbegehren in Mühlhausen, das gegen eine Boulderhalle im Geschwister-Scholl-Haus gekämpft hatte, war ein voller Erfolg. Es hat allen Beteiligten gezeigt, dass durch direkte Demokratie vieles verändert werden kann.

Jedoch wissen viele gar nicht, was überhaupt ihre Möglichkeiten der direkten Beteiligung am politischen Geschehen sind und wie sie ihre Kommune mitgestalten können. Die Veranstaltung soll alle Interessierten darüber aufklären, welche Beteiligungsmöglichkeiten es gibt und wie

diese genutzt werden können. Darüberhinaus soll diskutiert werden, wie eine noch bessere Einbeziehung der Bürger*innen in das politische Mitwirken erzielt werden kann. Wie könnte und sollte diese aussehen? Referent Philipp Gliesing, vom Verein „Mehr Demokratie e.V. Thüringen“, wird außerdem das Bürgerbegehren aus der Sicht des Vereins auswerten.

Foto: www.pixabay.com

Sie interessieren sich für die Vereinsaktivitäten oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

Die THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e. V.
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt

Telefon: 0361/54 12 83 89
Fax: 0361/54 15 11 42
Mail: info@thueringengestalter.de
www.thueringengestalter.de

Die Thüringengestalter erhalten als Bildungsverein, der der Partei DIE LINKE nahesteht, Zuwendungen des Freistaates Thüringen (Innenministerium).

